

Plehwe, Dieter

Article — Accepted Manuscript (Postprint)
Neoliberal und ökologisch?

Blätter für deutsche und internationale Politik

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Plehwe, Dieter (2019) : Neoliberal und ökologisch?, Blätter für deutsche und internationale Politik, ISSN 0006-4416, Blätter Verlagsgesellschaft, Berlin, Vol. 64, Iss. 12, pp. 41-44

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/226178>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neoliberal und ökologisch?

Angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise sind dringend Maßnahmen geboten, die tiefe Eingriffe in Märkte und Preise erfordern – darin ist sich eine überwältigende Mehrheit der Klimawissenschaftler*innen einig. Doch bislang kann davon keine Rede sein. Der Politikwissenschaftler **Dieter Plehwe** macht dafür die Dominanz neoliberaler Ökonomen verantwortlich, die mit der Energie-Lobby staatliche Eingriffe verhindern.

Die Klimapolitik ist in einer kritischen, um nicht zu sagen: in ihrer entscheidenden Phase angelangt. Getrieben von den bereits erfahrbaren Konsequenzen des Klimawandels, von Forschungserkenntnissen, die leider immer häufiger den negativsten Prognosen recht geben, sowie nicht zuletzt von der von Greta Thunberg angestoßenen Jugendbewegung Fridays for Future rückt das klimapolitische Versagen der großen Koalition ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Statt auf zwingende staatliche Vorgaben und Investitionen setzt diese vorwiegend auf vermeintlich marktkonforme und sozial verantwortliche Anreize. Das Problem der schier Vielzahl von Maßnahmen in einem sehr unübersichtlichen „Paket“ wird nur ein bisschen durch das vereinbarte Monitoring auf Sektorebene gemildert, mit dem wenigstens ein Hauch von Verbindlichkeit der erklärten Politik angezeigt wird.

Das zentrale Problem der Klimapolitik in Deutschland liegt jedoch nicht in den einzelnen Maßnahmen und den mit ihnen verknüpften Interessen, sondern im neoliberalen Korsett der Klimapolitik insgesamt. In Deutschland und ganz Europa beherrscht diese eine schwerwiegende Asymmetrie: Die überwältigende Mehrheit der Klimawissenschaftler*innen mahnt zu rasch wirksamen und verlässlichen Maßnahmen, die tiefe Eingriffe in Märkte und Preise beinhalten. In den Wirtschaftswissenschaften dominieren hingegen Ansätze, die von der Überlegenheit dezentral-marktwirtschaftlicher Zusammenhänge geprägt sind und staatliche Planung und ordnungsrechtliche Vorgaben weitgehend ablehnen. Auch die aufstrebende Verhaltensökonomie setzt auf Anreize, nicht auf strukturelle Reformen. Nur eine Minderheit heterodoxer Ökonomen befürwortet eine weitreichende Regulierung und die Rückkehr zu gemischtwirtschaftlichen und regulatorischen Ansätzen. Im Ergebnis stehen sich eine unheilige Allianz von staatskritischer Wirtschaftswissenschaft und Klimawandelleugnern einerseits und eine hilflose Allianz von engagierten Klimaforscher*innen und Außenseitern in der ökonomischen Disziplin andererseits gegenüber.

Doch welchen Kräften schenkt die Politik *offiziell* Gehör? Klimaforschern *und* Mainstream-Ökonomen! Das zentrale Problem der GroKo-Klimapolitik liegt damit, bei Anerkennung der Klimakrise, in der weitgehenden Vermeidung von ordnungsrechtlichen Maß-

nahmen und in der andauernden Unterwerfung unter das Diktat der Austerität – gegen alle historische Erfahrung.

Als die Politik vor bald fünfzig Jahren das Problem des Bleis im Benzin adressierte, wurde dessen Zusatz 1972 zunächst begrenzt und schließlich verboten. Als das Problem des wachsenden Ozonlochs in den 1980er und 1990er Jahren ernst genommen wurde, verpflichtete sich die Staatengemeinschaft auf das Ende der Produktion des Treibhausgases FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe). Und um das Waldsterben und den sauren Regen zu bekämpfen, wurden damals Katalysatoren und Entschwefelungsanlagen vorgeschrieben.

Nun aber soll absurderweise in der Klimapolitik ein seit 14 Jahren nicht wirksamer Politikansatz auf europäischer Ebene auch in der Bundesrepublik zum Einsatz kommen: Der Emissionshandel mit CO₂-Zertifikaten ist aus Sicht der großen Koalition angeblich am besten geeignet, die Ziele der Klimapolitik über einen Marktmechanismus mit den geringsten Kosten zu erreichen. Tatsächlich ist nicht das Instrument selbst schon das Problem, sondern der sich auch in diesem Zusammenhang verweigernde Staat.

Die Menge der CO₂-Emissionen soll über den Preis begrenzt werden. Damit dieser Preis für CO₂-Zertifikate eine Lenkungswirkung erzielen kann, muss deren Zahl so stark gesenkt werden, wie es die Reduktionsziele der Klimapolitik erfordern. CO₂ muss also so teuer werden, dass möglichst viele Unternehmen und Verbraucher nach Alternativen zur Emission von CO₂ greifen, um die hohen Kosten zu vermeiden. Weil der Staat aber die Zahl der Zertifikate weder auf europäischer noch auf deutscher Ebene in diesem Maße beschränkt, bleibt das System Makulatur. Der angeblich angestrebte „Marktmechanismus“ wird gar nicht erst in Gang gesetzt.

Hätte sich die Politik hingegen zu einer CO₂-Steuer durchgerungen, würde das in Anbetracht der herrschenden Verhältnisse wohl auch nichts ändern. Denn vermutlich würde die CO₂-Steuer von der GroKo so niedrig angesetzt, dass alles weitgehend beim Alten bliebe.

Fest steht: Umweltökonomische Instrumente, ob Emissionshandel oder CO₂-Steuer, sind nur wirksam, wenn es tatsächlich auch eine politische Bereitschaft zum Erreichen der umweltpolitischen Ziele und des Einsatzes hinreichender Instrumente tatsächlich gibt. Beim Emissionshandel wird allerdings der regulierende Staat noch ein wenig stärker verschleiert, der letztlich die Menge der zum Verkauf stehenden Emissionen verbindlich vorgeben muss. Nicht zufällig bejubelten denn auch die Vertreter der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), dass sie die CO₂-Steuer mit der Diskussion über das vermeintlich bessere Instrument ausbremsen konnten.

Gegenüber dem Emissionshandel ist die CO₂-Steuer viel einfacher zu begreifen: Ross und Reiter der Steuererhöhung und ihrer Ergebnisse werden klar benannt; die Auseinandersetzung der widerstreitenden Interessen wird mit offenem Visier geführt. Beim Emissionshandel steht demgegenüber der angeblich bessere Marktmechanismus im Vordergrund der Diskussion. Die Debatte wird umgelenkt auf das Instrument, um nicht länger über das Ziel bzw. die Zielkonflikte zu streiten.

Wenn es wirklich um die soziale Verträglichkeit der ökologischen Maßnahmen ginge, dann müsste die Erhöhung der Kosten der CO₂-Emission systematisch mit einer Entlastung der finanziell schwachen Bürger*innen

Ursprünglich erschienen in:

Blätter für deutsche und internationale Politik (64) 2019, H. 12, S. 42

Verbunden werden. Wer aber wird beispielsweise bei der Ökostromumlage entlastet? Ausgerechnet die Unternehmen mit hohem Energieverbrauch.

Die gelungene Verlagerung der klimapolitischen Diskussion in Deutschland und die damit einhergehende Verwässerung der ökologischen Ziele zeigt – ähnlich wie beim Ausbremsen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes –, warum die Politik in der Klimafrage versagt: Nach wie vor gibt es sehr starke Lobbyinteressen, die eine wirksame und nachhaltige Klima- und Energiepolitik verhindern. Im Ergebnis handelt es sich um eine andere, durchaus subtilere Art der Leugnung des Klimawandels und seiner Folgen. Angeblich wird eine ambitionierte Klimapolitik angestrebt, diese dann aber nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ so stark eingeschränkt, dass sie weitgehend wirkungslos bleibt. Angeblich geht es den Luftverkehrsunternehmen und den Automobilkonzernen um die Arbeitsplätze und die kleinen Leute. Tatsächlich aber geht es um die Kosten und Profite der von fossilen Brennstoffen abhängigen Industrie.

Die Mobilisierung von Ängsten durch die Leugner der Ergebnisse der Klimaforschung und der AfD spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Lobbykräfte hinter der INSM geben im Gegensatz zu den Klimawandelleugnern vor, dass die Klimapolitik ungeheuer wichtig ist, aber mit Blick auf „die Menschen“ – eigentlich die AfD-Wählerinnen und -Wähler – nicht übertrieben werden dürfe. Der AfD kommt somit die Rolle eines bequemen Sündenbocks zu; die eigenen Interessen der an fossilen Energieträgern festhaltenden Konzerne und Interessengruppen kann der INSM so verschweigen, verschleiern und verteidigen.

Die AfD und Alexander Gauland spielen die Rolle des Prügelknaben überaus bereitwillig, bekommen sie damit doch das nächste Polarisierungs- und Mobilisierungsthema zugespielt. Es handelt sich um eine pathologische Verklammerung strategischer und überaus kompatibler Interessen. Am Ende ist schwer auszumachen, ob die infame Strategie der Klimaleugner um den Thüringer Think Tank „Europäisches Institut für Klima & Energie“ (EIKE) und den „Kalte Sonne“-Blog des ehemaligen Windkraftmanagers Fritz Vahrenholt das größere Übel ist oder doch die profane, interessengeleitete Strategie der Freunde und Verbündeten der INSM.

Bemerkenswert ist allerdings, wie bereitwillig sich die Politik diesen Interessengruppen unterwirft – und damit dem doppelten Dogma der Austerität und der Vermeidung von ordnungsrechtlichen Maßnahmen, das seit langem die Diskussion in den Beiräten der Wirtschafts- und Finanzministerien dominiert. Der abstrakte Markt soll es besser lösen als ordnungspolitische Maßnahmen, aber die konkreten Marktteilnehmer wissen dies ganz gut zu verhindern. Dem Neoliberalismus bleibt auf diese Weise sein Klimaproblem erhalten.

Dabei gibt es bekanntlich schon seit langem umweltökonomische Konzepte. Dazu gehören die längst eingesetzten Steuern und Abgaben für ökologische Zwecke. Selbst der langjährige, radikal-neoliberale Leiter des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, der legendäre Herbert Giersch, arbeitete am Thema der Internalisierung der externen Effekte: Umweltschäden, so seine Überzeugung, brauchen Preise, damit sie Gegenstand des Austauschs über den Markt werden können.

Wie aber verträgt sich dieser umweltökonomisch positive neoliberale Ansatz mit der Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen und insbe-

sondere den gewaltigen Vorbehalten gegenüber fiskalpolitischen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen?

Giersch und viele weitere neoliberale UmweltökonomInnen wollen das ökonomische Verständnis in der Umweltpolitik schärfen, damit Kosten und Nutzen klarer zutage treten. Allerdings erschwert der Erfolg der von neoliberaler Staatskritik überzeugten neoliberalen UmweltökonomInnen, für notwendige staatliche Regulierung und Steuerung zu streiten. Wer sonst aber, wenn nicht der Staat, könnte die CO₂-Kontingente und damit die Mindestpreise verbindlich festlegen?

Der Riss zwischen klimawissenschaftlich vernünftigen „Marktwirtschaftlern“ und den ignoranten Lobbykräften der fossilen Industrie gehen mitten durch das Lager der Neoliberalen, was vielerorts zur Spaltung lokaler Gruppen wie etwa der deutschen Hayek-Gesellschaft beiträgt. Fest steht: Auch unter neoliberal denkenden Ökonomen, Juristen und Sozialwissenschaftler*innen muss unbedingt geklärt werden, ob allein ökonomische oder auch ökologische Ziele verfolgt werden sollen. Die aktuelle Gemengelage der Klimapolitik unter erheblichem neoliberalen Einfluss ist jedenfalls nicht haltbar. Dabei gibt es – gerade aus neoliberaler Perspektive – in der Umwelt- wie auch in der Migrationsfrage jede Menge Widersprüche zu klären. Wie etwa vertragen sich Eigentumsrechte mit Einschränkungen der Mobilität? Die praktische Realität, in der sich die Reichen uneingeschränkt bewegen können, während die Armen als (Wirtschafts-)Flüchtlinge an der Migration gehindert werden, ist keine befriedigende neoliberale Philosophie, die das meritokratische Prinzip und damit die individuelle soziale Mobilität am Herzen liegt. Zur Erinnerung: Noch vor einigen Jahrzehnten wurden heute als Wirtschaftsflüchtlinge diffamierte Migranten vom neoliberalen Entwicklungsökonom Peter Bauer als unternehmerische Individuen gefeiert. Der gleiche Widerspruch zeigt sich in der Klimapolitik: Wenn etwa das Vermögen der Aktionäre von Exxon, Shell, BP etc. enteignet werden muss, damit der Klimawandel begrenzt wird, müssen diese Eigentümer gemäß der neoliberalen Denkweise zweifellos entschädigt werden. Das aber wird sich ebenso wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels kaum ohne zusätzliche Steuereinnahmen und allgemeine Maßnahmen der Umverteilung bewerkstelligen lassen – also nicht ohne eine weit größere Rolle des Staates als bisher.

Insbesondere im Lager des nach wie vor dominanten Neoliberalismus müssen daher endlich die verschiedenen Ansätze auf den Prüfstand und weiterentwickelt werden – weil nämlich der Klimawandel nicht „nur“ das Potential hat, die Demokratie zu zerstören, sondern auch den Kapitalismus. Dabei trat gerade der Neoliberalismus in den 1930er Jahren an, den Kapitalismus gegen seine Kritiker und den Kollektivismus zu verteidigen, indem konstruktiv nach Wegen zur Überwindung der Krise und der Sicherung der marktwirtschaftlichen Verhältnisse gesucht wurde.

Erst seit den 1970er Jahren forschten die selbst ernannten Vertreter des ideellen Gesamtkapitalismus dann in erster Linie nach Alternativen zum Wohlfahrtsstaat und zu nationalstaatlicher Regulierung. So geriet fatalerweise in der marktradikalen Kampagnenzeit der Deregulierung die ursprüngliche Aufgabenstellung der Sicherung und Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse in den Hintergrund oder gar in Vergessenheit.

Auch um dem eigenen Gründungsauftrag gerecht zu werden, muss der Neoliberalismus daher heute zuallererst das Klimaproblem lösen – weil es nämlich nur noch ein sehr kleines Zeitfenster gibt, in dem viel Schaden für viele arme, aber auch für sehr viele reiche Kapitalisten abgewendet werden kann.

Ursprünglich erschienen in:

Blätter für deutsche und internationale Politik (64) 2019, H. 12, S. 44